

GEMEINDERATSSITZUNG GR2017-Nr. 48

vom 25.09.2017

öffentlich

Anwesend:	1. Bürgermeister:	Klaus Vosberg
	2. Stellvertreter:	Albert Rees
	3. Gemeinderäte:	Peter Geisenberger Fridolin Gutmann Tobias Jautz Julia Lauby Jörg Lorenz Hanspeter Rees Johannes Rösch Martin Rudiger Daniel Schneider Eugen Schreiner Carola Tröscher Stefan Winterhalter Ewald Zink
	4. Protokollführer:	Ralf Kaiser
	5. Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	Michael Martin, OV

Es fehlten entschuldigt: Dr. Patrick Rapp

nicht entschuldigt oder aus anderen Gründen: -/-

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 23.05 Uhr

Es werden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

1. Bekanntgaben
2. Überführung der GEOmbH in einen Eigenbetrieb
3. Außenanlagen Hofgrund, hier: Ausschreibung der Gewerke
4. Neubau Kinderspielplatz Kloostergarten
5. Winterdienst, hier: Neuorganisation ab 2017/2018
6. Bauhof Oberried, hier: Veränderungen Fuhrpark
7. Mobilitätskonzept Dreisamtal
8. Bauanträge
9. Verschiedenes
10. Frageviertelstunde

TOP 1 Bekanntgaben

- Bürgermeister Vosberg bedankt sich bei den Oberriedern Wählerinnen und Wählern für die hohe Beteiligung an der Bundestagswahl am 24.09.2017; diese lag bei 87 %.
- Bürgermeister Vosberg gratuliert Gemeinderat Johannes Rösch; dieser ist Vater geworden.

TOP 2 Überführung der GEOmbH in einen Eigenbetrieb

Beratung

Bürgermeister Vosberg erläutert das ursprüngliche Vorhaben der Gemeinde, nämlich Flst.Nr. 22 mit der gemeinnützigen GmbH der Gemeinde gewinnbringend mit Wohnungen zu bebauen und die Erlöse für das dorfgemeinschaftsdienliche Ursulinenprojekt zu verwenden und dieses dann über die gemeinnützige GmbH zu betreiben.

Da aus nun die Gemeinnützigkeit nicht anerkannt wird und auch die Bebauung des Flst.Nr. 22 durch eine Bürgergenossenschaft erfolgt und nicht durch die in Rechtsform einer GmbH auftretende Gemeinde, empfiehlt es sich, hier angemessen vorzugehen und die Rechtsform über einen Eigenbetrieb dem jetzigen Sachstand anzupassen und so erneut zu optimieren.

Seitens der Ratsmitglieder wird der Vorsitzende gebeten die Kosten der GmbH darzulegen. Der Bürgermeister erläutert, das bei der GmbH Gründungskosten angefallen sind, diese wird er den Ratsmitgliedern noch einmal explizit mitteilen. Der laufende Betrieb des Eigenbetriebes, würde aufgrund anderer Rechnungslegungspflichten in jedem Fall Wirtschaftsprüfungskosten vermeiden und Steuerberatungskosten reduzieren.

Seitens der Gremiumsmitglieder wird der situationsangemessene Vorschlag des Bürgermeisters gut aufgenommen.

Beschluss (einstimmig)

Die gemeinnützige Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft Oberried mbH ist in einen Eigenbetrieb „Ursulinenhof“ zu überführen. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Satzung und Eröffnungsbilanz aufzustellen, die Finanzierung zu aktualisieren, sowie dieses in den Gemeinderat einzubringen.

TOP 3 Außenanlagen Hofsgrund, hier: Ausschreibung der Gewerke

Beratung

Architekt Hug stellt den Entwurf der Außenanlagen vor. Gemeinderat Rösch kritisiert die Vorlage deutlich. Er bittet als Entscheidungsgrundlage künftig detailliertere Unterlagen mit Massenangaben und Kostenberechnung vorzulegen.

Bürgermeister Vosberg verweist darauf, dass die entsprechenden Unterlagen im Rathaus vorliegen, man jedoch diese Zahlen nicht weitergegeben habe, um Bieterabsprachen zu verhindern. Wenn es Wunsch der Räte sei, kann er das Zahlenwerk gerne per E-Mail versenden, allerdings sei hier strenge Vertraulichkeit gefragt.

Mitglieder aus allen Fraktionen beanstanden die Höhe der Kosten. Hier verweist der Bürgermeister auf die Beschlusslage und darauf, dass aufgrund dieser gefassten Beschlüsse vor über einem Jahr Mittel aus dem Ausgleichsstock beantragt wurden.

Gemeinderat Rudiger erkundigt sich nach der Hangsicherung und deren Kosten. Gemeinderat Schneider meint, dass im Leistungsverzeichnis auch Raum für ehrenamtliche Mithilfe einzuräumen sei. Bürgermeisterstellvertreter Rees meint, dass angesichts der vorgelegten Kosten noch einmal nachgedacht werden müsse. Gemeinderat Schreiner meint, dass günstiger gebaut werden muss.

Gemeinderat Zink verweist auf die Verbindlichkeit von Ausschreibungen und die Reihenfolge der Schritte, nämlich Entwurf, Kostenschätzung, Ausführungsplanung, Leistungsverzeichnis und Kostenberechnung.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass beim vorgelegten Konzept durchaus Raum für das Ehrenamt eingeplant sei und bei der Ausführung Einsparungen möglich seien. Er bittet jedoch aufgrund des bewilligten Zuschusses, das so vorgelegte und im Jahr 2016 abgeseignete Konzept entsprechend auch auszuschreiben.

Beschluss (8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Die Außenanlagen Hofsgrund werden in die Ausschreibung gegeben. Die Arbeiten sollen in 2018 beginnen und abgeschlossen werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, weitere Mittel beim Land (Ausgleichsstock) zu beantragen.

TOP 4 Neubau Kinderspielplatz Klostergarten

Beratung

Der Bürgermeister verweist auf die TÜV Beanstandungen beim Kinderspielplatz im Klostergarten.

Und erläutert: In den ersten Überlegungen hat die Gemeinde Kinder der Grundschule und des Kindergartens darum gebeten, ihre Wünsche für neue Spielgeräte zu Papier zu bringen. Ausgehend von diesen Wünschen hat die Gemeinde verschiedenen Kinderspielplatzfirmen angesprochen. Im Wesentlichen sind hier nur minimale preisliche Unterschiede auszumachen.

Die Firma Krambamboul entwickelte eine Spiellandschaft, die thematisch den Kräuter- und Klostergarten aufgreift. Weiter setzte sie die Wünsche der Kinder so weit möglich um. Einzelheiten sind der Anlage zu entnehmen.

Eine bloße Sanierung des Spielplatzes wäre nicht förderfähig. Eine Übernahme von Leistungen durch den Bauhof, die ausschreibbar sind, ist nicht möglich. Hintergrund ist, dass durch das LSP der Mittelstand mitgefördert werden soll.

Ortsvorsteher Rees meint, dass hier noch einmal nachgedacht werden müsse und erinnert an seinen Antrag auf ein Spielgerät, bei dem sich die Verwaltung schwer tat 8.000 Euro zu bewilligen. Jetzt sollen 100.000 Euro für Spielgeräte an einem anderen Standort investiert werden. Das ist für ihn so nicht akzeptabel.

Gemeinderat Zink meint, dass die Geräte funktional beschrieben und dann wettbewerbsförderlich ausgeschrieben werden sollten. Einfache Preisanfragen reichen aus seiner Sicht nicht. Der Bürgermeister widerspricht.

Die Anregung von Gemeinderat Rösch aufgreifend, verweist Bürgermeister Vosberg, dass er zum Haushaltsansatz eine Kostenberechnung vorlegen wird. Ferner wird er Angaben zu den Wartungskosten machen.

Beschluss (13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Der Kinderspielplatz wird wie vorgeschlagen in 2018 erneuert. Die Mittel sind im Haushalt auszuweisen.

TOP 5 Winterdienst, hier Neuorganisation

Zu diesem TOP sind der Technische Leiter Röhmer-Litzmann, als auch Bauhofleiter Egon Riesterer und dessen Stellvertreter Jens Saier anwesend.

Beratung

Der Vorsitzende empfiehlt den jeweils betroffenen Gemeinderäten sich für befangen zu erklären, um den bösen Schein der Vertretung von Eigeninteressen zu vermeiden. Insbesondere spricht er die beiden Gemeinderäte Zink und Rudiger an. Zink als Pächter des Skiliftes und Rudiger als Vertragspartners der Gemeinde in Sachen Winterdienst.

Gemeinderat Rudiger erklärt sich für befangen, verlässt den Sitzungstisch und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Gemeinderat Zink erläutert, dass er sich als Anlieger an der Stollenbachstraße genauso wenig für befangen hält, wie jeder andere Straßenanlieger, der Interesse daran habe, dass der Winterdienst vor seiner Haustüre funktioniere.

Bürgermeister Vosberg erläutert, dass es wetterunabhängig beim Winterdienst nur dann zu Einsparungen kommen kann, wenn der derzeitige Räumstandard gesenkt wird.

Gemeinderat Schneider meint, dass wenn auch jährlich nur 10 T € gespart würden, dies im Laufe der Jahre eine ordentliche Summe ergebe.

Gemeinderat Jautz betont, dass es Aufgabe der Gemeinderäte sei, auch wenn seitens der Bürgerschaft Kritik an den Mitarbeitern des Bauhofes geübt werde, diese sich auf die Rückendeckung des Gemeinderates verlassen können müssen.

Gemeinderat Rösch meint, dass man weiteres in Frage stellen könne, z.B. ob Straßen der Kategorie 4 überhaupt geräumt werden müssten. Ferner meint er, dass z.B. beim Streugut über ein Herunterfahren der Regler um ca. 10 % es auch zu Einsparungen kommen könnte.

Ortsvorsteher Schreiner regt an, dass die Gemeinde bei weniger oft befahrenen Straßen für die Anwohner Streuboxen zur Verfügung stellen könne. Gemeinderat Winterhalter schlägt vor, anstatt der teuren Streuboxen einfach Fässer zu verwenden. Der Bürgermeister sagt die Prüfung dieser Möglichkeit zu.

Gemeinderätin Tröscher erkundigt sich danach, wie es bei verminderter Räumleistung denn im Notfall, z.B. Krankentransport oder Brand aussieht.

Gemeinderat Lorenz verweist auf unterschiedliche Situationen in Kernort und Ortsteilen. Er verweist hier beispielsweise auf Verwehungen, die bei nur einmaligem Räumen dazu führen, dass tags darauf in der Folge eine Schneefräse erforderlich sei, was dann die Kosten erhöht, statt zu Einsparungen führt.

Bürgermeister Vosberg verweist darauf, dass über das vereinbarte Maß hinaus, die Technische Leitung hier weitere wirtschaftlich sinnvolle Räumfahrten anordnen wird, um solch angesprochene Situationen zu vermeiden.

Nach weiteren detaillierten Diskussionen, Fragen und Antworten lässt der Bürgermeister über den Beschlussantrag in drei Teilbeschlüssen abstimmen.

Beschlüsse

Beschluss über den Antrag 1.) Allgemein der Vorlage, sowie aus Antrag 2.) Rappeneckstraße, Zufahrt Holzeck, Zufahrt Stefansgütle, Zufahrt Bühlhof, Zufahrt unterer Wittenbach, Zufahrt mittlerer Wittenbach. Hier ist der Beschlussantrag **mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.**

Stollenbachstraße – hier erklärt sich Gemeinderat Zink für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Beschluss über Stollenbachstraße: hier wird der Beschlussantrag „Winterdienst 1 x täglich auf Kosten der Gemeinde. Weitere Einsätze nur auf Anforderung und gegen Vergütung, letzter Einsatz-Start 19:00 Uhr. Einsätze bei starkem Verkehr nur unter Sperrung des Gegenverkehrs durch das Liftpersonal (wie bereits praktiziert).“ **mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2-Enthaltungen angenommen.**

Erlenbachstraße – hier erklärt sich Gemeinderat Jautz für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Beschluss über die Erlenbachstraße: hier wird der Beschlussantrag „Winterdienst 1 x täglich auf Kosten der Gemeinde. Weitere Einsätze nur auf Anforderung und gegen Vergütung, letzter Einsatz-Start 19:00 Uhr.“ **mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung angenommen.**

TOP 6 Bauhof Oberried, hier: Veränderungen Fuhrpark

Zu diesem TOP sind der Technische Leiter Röhmer-Litzmann, als auch Bauhofleiter Egon Riesterer und dessen Stellvertreter Jens Saier anwesend.

Beratung

Gemeinderat Rösch meint, dass der Radlader zum Gehwegräumen besser geeignet sei, als der vom Bauhof vorgeschlagene Holder und im übrigen auch günstiger, da für den vorhandenen Radlader nur Anbauteile fällig wären. Gemeinderat Rudiger meint, dass es wohl eher ums Rasenmähen, denn ums Schneeräumen an ein paar Tagen im Winter gehe. Gemeinderat Rösch meint, er wolle als Entscheidungsgrundlage Kostenangaben, bei einer Baumaschine seien dies die Kosten pro Betriebsstunde, so könnten Fendt und Holder miteinander verglichen werden, zudem dann auch der Radlader. Für den Fendt schlägt er vor diesen eventuell dann zu vermieten, wenn man den Holder ausprobiert.

Gemeinderat Jautz meint, dass auch eine geringere Testphase Ergebnisse bringen könnte. Er schlägt vor sich anstelle eines 6-monatigen Mietvertrages nach einer Demo-Maschine zu erkundigen. Denn wenn man zum Ergebnis käme, dass die Maschine für den geplanten Einsatzzweck nicht taugt, ist der Preis für den Test zu hoch.

Auch andere Ratsmitglieder meinen, dass auch der Radlader getestet werden solle, bevor man den Fuhrpark des Bauhofes erneut erweitert. Auch Stefan Winterhalter meint, dass der Radlader ein gutes Gerät zum Schneeräumen sei.

Ausgehend von diesem Besprechungsergebnis wird folgender Beschluss gefasst,

Beschluss (11 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Es wird die Option einen Holder als Demo-Maschine zu bekommen geprüft. Es wird ermittelt, welche Kosten für die Umrüstung des Radladers für den Winterdienst anfallen. Nach dem Holder-Test und Kostenermittlung für die Radladerumrüstung wird das Thema zur endgültigen Entscheidung wieder aufgegriffen.

TOP 7 Elektromobilitätskonzept für Oberried und das Dreisamtal

Beratung

Der Bürgermeister erläutert: Elektromobilität ist in aller Munde. Vermehrt werden Erwartungen formuliert, eine entsprechende Ladeinfrastruktur zu schaffen. Derzeit existiert in Oberried eine Ladestation der Wohnbaugenossenschaft Ursulinenhof. In Kirchzarten gibt es zwei öffentlich zugängliche Ladesäulen, eine an der Sparkasse, eine an der Passage.

Auch in Oberried gibt es weitere Überlegungen, beispielsweise auf dem Klosterplatz. Fraglich ist, ob die konzeptionslose Erstellung öffentlich zugänglicher Ladesäulen der richtige Weg ist. Die Verwaltung sieht es als sinnvoll an, sich zunächst gesamtheitlich Gedanken zu machen. Einem weiteren Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur sollte ein gesamthafte Konzept zugrunde liegen. Idealerweise umfasst dieses Konzept das gesamte Dreisamtal.

Noch bis Oktober besteht die Möglichkeit, für die Erstellung eines solchen Konzeptes 80 % Zuschuss zu erhalten. Ein solches Konzept könnte von der Badenova erstellt werden. Am 8. September wurde in einer Besprechung mit den Bürgermeistern des Dreisamtals eine interkommunale Zusammenarbeit zu diesem Thema ausgelotet. Der Gemeinderat Kirchzarten hat bereits zugestimmt.

Der Gemeinderat Schneider findet dieses Projekt in jedem Falle wertvoll für das Dreisamtal. Gemeinderat Rösch will sich über die Kriterien, den Inhalt des Konzeptes usf. informiert sehen, bevor er sich abschließend für die Beauftragung einer Konzepterstellung entscheiden kann.

Beschluss (einstimmig)

Der Gemeinderat beschließt die Beauftragung eines Elektromobilitätskonzeptes vorbehaltlich einer Förderzusage. Das Elektromobilitätskonzept soll in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Dreisamtals erstellt werden. Ein Vertreter der Konzeptersteller soll sich im Gemeinderat vorstellen und die entscheidungsrelevanten Faktoren benennen, die für die Empfehlungen des Konzeptes ausschlaggebend sind.

TOP 8 Bauantrag

Beratung

Das Vorhaben wird durch die Verwaltung vorgestellt. Es wird beanstandet, dass die Gaube mit Türe bereits eingebaut wurde. Die Gaube fügt sich allerdings in die Eigenart der näheren Umgebung ein.

Axel und Bernd Maier beantragen den Einbau einer Gaube auf Flst.Nr. 124/5 Oberried, Hauptstraße 58, Gasthof zum Goldenen Adler.

Begründung: Es wurden Gauben im Adler eingebaut. Gauben sind genehmigungspflichtig. Die Bauherren wurden daher seitens der Unteren Baurechtsbehörde aufgefordert, die entsprechenden Bauvorlagen vorzulegen.

Ein Nachbar hat Einspruch eingelegt. Er begründet damit, dass die beantragten Gauben nur den jetzigen Sachstand darstellen, was stimmt. Die Bauherrschaft wird zu einem späteren Zeitpunkt weitere Bauvorlagen vorlegen.

Hier geht es jedoch um die Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände. Es wurde gebaut, es hätte einer Genehmigung bedurft, daher wird die Genehmigung für das bereits Erstellte beantragt. Wird diese erteilt, ist die Rechtmäßigkeit wieder hergestellt. Wird sie nicht erteilt, wird die Rechtmäßigkeit über einen Rückbau wiederhergestellt.

Beschluss (14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen)

Dem Vorhaben wird das Einvernehmen der Gemeinde erteilt.

TOP 9 **Verschiedenes**

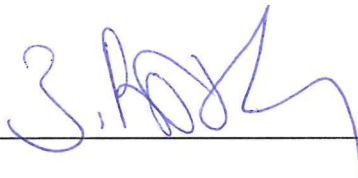
- Gemeinderat Lorenz erkundigt sich nach dem Stand der Baustelle Friedhof Hofgrund. Bürgermeister Vosberg informiert darüber, dass die ausführende Firma eine Nachfrist von 4 weiteren Wochen habe, danach erfolgt die Ausführung über eine Drittfirma.

TOP 10 Frageviertelstunde

- Der Pächter des Gasthofes Stollenbach beschwert sich über die Entscheidung zum Winterdienst auf der Stollenbachstraße.


Das Protokoll wurde dem Gemeinderat am 23.10.17 bekannt gegeben.

Für den Gemeinderat:





Der Vorsitzende:



Klaus Vosberg, Bürgermeister

Die Schriftführerin:



Ralf Kaiser